trikt. Auf beiden Handrücken sind Tätowierungen sichtbar. Rupnow führt auch fälschlich den Namen Sanders, und bezeichnet sich in seinen Briefschaften als Betriebsleiter der Militärschlachtanstalt des IX. u. X. A.-K. in Kurland; sein Bild kann bei der Kriminalabteilung eingesehen werden. Bei seinem Betreffen veranlasse man seine Festnahme.

Zwei unverbesserliche Schwindlerinnen! Unverbesserliche Schwindlerinnen sind die in L.-Lindenau, Siemeringstr. 60, wohnende 25jährige Frieda Kummer und ihre ebenda wohnende Mutter Elisabeth geschiedene Roßberg. Seit langer Zeit nutzen die Beiden die Harmlosigkeit vieler Menschen aus, indem sie Vorschüsse erheben unter dem Vorgeben, Zucker besorgen zu können, woran sie nie gedacht haben. Geschädigte, die bis jetzt eine Anzeige noch nicht erstattet haben, wollen dies recht bald bei der nächsten Wache oder der Kriminalabteilung tun.

Der falsche Kriminalbeamte. Unter der Angabe, ein gutes Geschäft machen zu können, überredete ein vorübergehend hier weilender Kaufmann eine ebenfalls vorübergehend hier anwesende ihm bekannte Dame, ihm einen Geldbetrag von 16 000 Mk. zu leihen. Diese mißtraute wegen der Höhe der Summe zunächst der Sache, der Mann aber brachte sie schließlich doch so weit, ihn zu begleiten, um die ihm angeblich in Aussicht gestellte Ware zu kaufen. Die Frau händigte dem Manne dann die gewünschte Summe aus und dieser holte aus einem Grundstück die gekaufte Ware, drei größere verschnürte Kartons. Kaum hatten beide eine kurze Strecke zurückgelegt, als ein zweiter Mann hinzutrat, der sich angeblich als Kriminalbeamter auswies und als solcher erklärte, die Ware beschlagnahmen zu müssen. Den Träger des Kartons forderte er auf, mitzukommen. Als die beiden Männer verschwunden waren, merkte die Dame, daß sie Schwindlern ins Garn gegangen war. Das ganze Schwindelmanöver war abgekartete Sache, doch scheint dem Bekannten der Dame nachträglich das Gewissen geschlagen zu haben, denn er erschien spät abends noch bei ihr und händigte ihr ein Päckchen, das die ihm geliehene Summe enthalten sollte, aus. Beim Nachzählen des Geldes stellte sich jedoch heraus, daß 700 Mk fehlten, die die beiden Gauner wahrscheinlich bereits verausgabt hatten. Vor den Betrügern, die ihr Manöver vielleicht wiederholen werden, wird gewarnt.

Veranstaltungen der Jugendvereine.

Böhlitz-Ehrenberg: Sonntag: Jugendweihe der proletarischen Freidenker. Mittwoch: Fragezetteldiskussion. — **Engelsdorf:** Sonntag: Ausflug nach der Zauche, allgemeine Spiele. Mittwoch: Referat, anschließend Diskussion. — **Entritzsch:** Die Konfirmationsfeier findet infolge des Generalstreiks nicht am 27. März, sondern am 27. April statt. Sonntag: Treffen ½2 Uhr am Markt zum Besuch der Genossen im Krankenhaus. Abends 6 Uhr Heimabend. Mittwoch: Liederabend. — **Großzschocher-Windorf:** Sonntag: Vereinsabend, Beginn 6 Uhr. Donnerstag: Vortrag über: „Wer ist die Sozialistische Proletarierjugend und was will sie?" Beginn ½8 Uhr. Alle Schulentlassenen und deren Eltern sowie Erzieher sind freundlichst eingeladen. — **Holzhausen-Juckelhausen:** Sonntag: Heimabend, Beginn 6 Uhr. Mittwoch: Rezitationsabend, Beginn ½9 Uhr. — **L.-Kleinzschocher:** Sonntag: 2 Uhr Treffen zum Nachmittagsausflug am Heim. Heim von 7 Uhr an geöffnet. Montag: 7 Uhr Vorstandssitzung. Mittwoch: Vereinsabend. Freitag: Konfirmationsfeier in Mätzschkers Festsälen, Einlaß 6 Uhr, Beginn 7 Uhr. — **Schleußig:** Sonntag: Frühlingsfeier. Mittwoch: Versammlung. — **L.-Schönefeld:** Sonntag: Heiterer Abend. Donnerstag: Literarischer Uebungsabend. — **L.-Thonberg:** Sonntag: Liederabend im Restaurant „Vater Jahn", Josephinenstraße 20. Mittwoch: Diskussion über das Wandern. — **L.-Wahren:** Sonntag: 6 Uhr Treffen an der Schule zur Schnitzeljagd. Abends von 5 Uhr an Heimabend. Mittwoch: ½8 Uhr Vortrag. Freitag: 5 Uhr Schulentlassungsfeier.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

Leipziger Volksbühne. Sonntag, 4. April (1. Osterfeiertag), nachmittags ½3 Uhr: Lysistrata.

Doppelplätze 8.— Mk., Einfache Plätze 1.50 Mk.

Alles Theater. Sonntag, 11. und 25. April, nachmittags ½3 Uhr: Candida. Komödie in 3 Akten von Bernard Shaw. Deutsch von Siegfried Trebitsch.

Doppelplätze 8.— Mk., Einfache Plätze 1 50 Pfg., Stehplätze 50 Pfg., III. Rang 80 Pfg.

Neues Operetten-Theater. Sonntag, 2. Mai, nachmittags ½3 Uhr: Noch unbestimmt.

Doppelplätze 5.— Mk., Einfache Plätze 2.50 Mk., Numerierte Galerie 1.25 Mk.

Karten sind bei den Ortsvereinen und Gewerkschaften zu haben. Für die Gewerkschaften, die infolge des Volkshausbrandes noch keine geregelte Bureautätigkeit haben, sind die Karten im Bureau des Arbeiterbildungsinstitutes, Braustraße 17, pt., zu entnehmen.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Bezirksverband Grimma.

Belieferung der Nährmittelkarten für Kranke, Schwangere und Stillende mit je 150 Gramm Weizengrieß und 1 Paket Keks oder Zwieback in der Zeit vom 1. bis 4. April.

Karteninhaber haben bis zum 28. März bei einem von der Gemeinde angegebenen Händler oder einer Apotheke einen Bestellabschnitt abtrennen zu lassen.

Böhlitz-Ehrenberg. Eine eigenartige Rede hielt der Schulleiter Herr Bartsch bei der Schulentlassungsfeier. Es war eine wüste deutschnationale Hetzrede, die allenfalls in eine Wahlversammlung paßte, niemals aber zu einer Entlassungsfeier 14jähriger Kinder. Der Herr Direktor sprach von unserem herrlichen Heer, das durch die Revolution vom 9. November kampfunfähig geworden sei. Unreife Burschen hätten sich der Waffen bemächtigt und sich an ergrauten Kriegern und selbst Verwundeten vergriffen. Die Kinder sollten festhalten an Gott und ihre Kraft anspannen, daß unser Volk wieder wirtschaftlich hochkomme. Der Hinweis auf unsere Feinde, die unsere Schiffe, Kolonien und Eisenbahnmaterial genommen hätten, fehlte nicht.

Diese Rede hat in weitesten Kreisen unliebsames Aufsehen erregt, ganz besonders jetzt, wo wieder einmal mit aller Deutlichkeit demonstriert wurde, welcher „Segen" vom Militarismus ausströmt. Erfreulicherweise steht Herr Bartsch mit seinen Anschauungen im Lehrerkollegium ziemlich allein. Mit folgendem rückt der größte Teil der Lehrer ganz energisch von ihm ab.

Erklärung.

Am 26. März hat der Schulleiter, Herr Schuldirektor Bartsch, anläßlich der Schulentlassung eine öffentliche Rede gehalten, die in der Hauptsache rein politischen Inhalt hatte.

Die hiesige Lehrerschaft erhebt entschieden Einspruch dagegen, daß eine Schulfeier dazu benutzt wird, vor den Kindern Politik zu treiben. Die Schule ist eine Erziehungseinrichtung und hat sich von jeder Politik fernzuhalten.

Böhlitz Ehrenberg, den 26. März 1920.

Die Lehrerschaft.

Herr Lehrer Schleicher schließt sich dieser Erklärung nicht an. Herr Oberlehrer Döling nahm an der Schulentlassungsfeier nicht teil.

Lützschena-Quasnitz-Hänichen. Diejenigen Konfirmanden, die an der Jugendweihe des Arbeiterbildungs-Instituts teilnehmen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Feier Sonntag, den 28. März, vorm. 10 Uhr, im Goldenen Anker, L.-Möckern, stattfindet. Die Eltern treffen sich mit den Kindern vormittags 9 Uhr im Kasino, von dort erfolgt gemeinschaftliche Abfahrt 9,12.

Großzschocher-Windorf. In einer Versammlung der Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten wurde hier ein Ortsausschuß gebildet. Ihm gehören an die Witwen Lüsch und Müller, die Beschädigten Kalbe und Lehrer Leichsenring, als Berater Rudert und Burk, als Mitglied mehrerer gemeindlicher Fürsorgeausschüsse Frau Gast. Die Beratungsstelle, auch für solche, die noch Ansprüche auf Militärrente stellen wollen, befindet sich im Ortskohlen- und Arbeitsamt in der Schule. Sprechstunde wird bis auf weiteres jeden Mittwoch, nachmittags 5 bis 7 Uhr, abgehalten.

Sächsische Angelegenheiten.

Fürsorge statt Armenpflege.

Die städtischen Kollegien in Dresden haben eine Neuordnung der öffentlichen Fürsorge beschlossen. Der vorbeugenden Fürsorge soll die ihr zukommende Stellung neben der Armenpflege eingeräumt und diese organisch in das System der sozialen Fürsorgemaßnahmen eingegliedert werden. In erster Linie handelt es sich dabei um eine Aenderung der Unterstützungsmethoden. Während sich bisher die Armenpflege im allgemeinen auf die Gewährung des zur Erhaltung des Lebens dringend Erforderlichen beschränken mußte, wird diese Beschränkung künftig nur noch in den Fällen eintreten, wo die Hilfsbedürftigkeit durch eigenes Verschulden der Beteiligten verursacht ist und eine weitergehende Hilfe mißbraucht werden würde. Dagegen wird im übrigen nach den auch in der Kriegswohlfahrtspflege erprobten Grundsätzen künftig auf die soziale Lage und das Empfinden des Empfängers Rücksicht genommen und jede Hilfe in einer Form und einem Betrage gewährt werden, die ihn nicht verletzt und vor einem Sinken auf eine tiefere soziale Stufe bewahrt. Als zur Zeit besonders wichtige Aufgaben der sozialen Fürsorge werden bezeichnet: Gesundheitsfürsorge, Trinkerfürsorge, Geschlechtskrankenfürsorge, allgemeine Fürsorge in Erkrankungsfällen, Mittelstands- und Darlehensfürsorge, Fürsorge für die sittlich Gefährdeten und Erwerbsbeschränkten (Krüppel, Straßenlose, sogenannte halbe Kräfte), Wanderarmenfürsorge, Fürsorge für kinderreiche Familien, Jugendfürsorge, Wohnungsfürsorge, Anstaltskrankenpflege usw. Demzufolge wird das Armenamt in ein Fürsorgeamt umgestaltet. Die Stelle eines Direktors wird neu gegründet. Das Jugendfürsorgeamt heißt künftig Jugendamt. Neben den ehrenamtlich tätigen Pflegern werden auch Berufsbeamte angestellt. Vorgesehen ist auch die Anstellung eines Fürsorgearztes.

Zur Förderung der Farbkunde.

sk. **Dresden**, 26. März. Nach einem Vortrage von Geheimrat Professor Dr. Ostwald aus Großbothen bei Leipzig über Wesen und Bedeutung seiner Farbenlehre im Ministerialgebäude, dem zahlreiche Vertreter von Behörden, Industrie und Gewerbe sowie Kunst und Wissenschaft inner- und außerhalb Sachsens beiwohnten, wurde einstimmig die Gründung eines „Vereins zur Förderung der Deutschen Werkstelle für Farbkunde" mit dem Sitz in Dresden beschlossen, der der Sammelpunkt aller auf die Errichtung und den Ausbau der Deutschen Werkstelle für Farbkunde gerichteten Bestrebungen sein soll. Die praktischen Arbeiten der Deutschen Werkstelle für Farbkunde werden in Kürze aufgenommen.

Umgestaltung der Dresdner Einwohnerwehr.

Die Stadtverordneten hatten sich mit einem sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrage zu beschäftigen, der den Rat ersucht, gemäß den von der Regierung angenommenen Forderungen der Mehrheitsparteien in der Sächsischen Volkskammer die Dresdner Einwohnerwehr schnellstens umzugestalten, und zu diesem Zwecke einen Sicherheitsausschuß, bestehend aus je zwei Stadtverordneten und je einem Ratsmitglied der Sozialdemokratischen, der Unabhängigen Partei und der Demokratischen Partei, einzusetzen, für den von der Staatsregierung Vollmacht zur Einziehung der in unberufenen Händen befindlichen Waffen zu erwirken ist. Der Antrag wurde zur Weiterberatung an einen Ausschuß verwiesen und dürfte noch vor Ostern endgültig verabschiedet werden.

Einwohnerwehr in Plauen!

Die Stadtverordneten Plauens beschlossen in ihrer Sitzung vom 24. März sofort eine Einwohnerwehr in Stärke von 600 Mann zu bilden. Diese soll sich zusammensetzen aus zwei Drittel Angehörigen der sozialistischen Parteien und einem Drittel aus Anhängern der bürgerlichen Parteien. Zeitfreiwillige dürfen nicht aufgenommen werden.

Gegen letztere Bestimmung liefen die Bürgerlichen Sturm. Mit 22 gegen 15 Stimmen wurden aber obige Beschlüsse gut geheißen.

Dresden. Nach einem Beschluß der städtischen Kollegien soll infolge der seit Jahren herrschenden Telephonmisere eine Eingabe an die Nationalversammlung gerichtet werden, in der gebeten wird, dahin zu wirken, daß die Reichspostverwaltung Fernsprechteilnehmern für die Zeit, in der sie in der teilweisen Benutzung ihrer Anschlüsse beschränkt sind, eine Ermäßigung der Gebühren zu gewähren.

Aus den Nachbargebieten.

Altenburg, S.-A. Die Volkskammer beschloß, die Volksschullehrer vom 1. April 1920 als Staatsbeamte zu betrachten und alle Schullasten, mit Ausnahme der sachlichen Unkosten, die die Gemeinden decken müssen, auf den Staat zu übernehmen. Außerdem wurde der Regierung zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben die Aufnahme von Darlehen bis zum Betrage von 8½ Millionen bewilligt und der Mehrausgabe von 3,4 Millionen Mark Schatzanweisungen nachträglich zugestimmt.

Neuensalz i. V. Im Holzschlag der Firma Gebr. Seibel im hiesigen Forstrevier sind in den letzten Monaten für 25 000 Mark Hölzer geschlagen und gestohlen worden. An den Diebereien sind auch besser gestellte Leute beteiligt.

Gewerkschaftsbewegung.

Politisch, nicht gewerkschaftlich handeln!

Die Dresdner Volkszeitung bringt eine Notiz: In eigener Sache!, worin sie sich gegen den Vorwurf wehrt, schuldhafterweise am 15. März, am Tage des Generalstreiks in Dresden, nicht erschienen zu sein, wodurch die Massen an diesem kritischen Tage ohne die wichtigste Waffe, ohne die Zeitung, geblieben seien. Die Dresdner Volkszeitung stellt fest, daß das Nichterscheinen nicht Schuld der Redaktion gewesen; sie hätte sich bemüht, mit der Organisationsleitung der Buchdrucker zur Verständigung zu kommen. Die Verhandlungen darüber seien aber an der nachstehenden Erklärung der Buchdrucker-Organisationsleitung gescheitert:

„Die Organisationsleitung der Dresdner Buchdrucker steht auf dem Standpunkt, daß bei einem Generalstreik alle nicht lebenswichtigen Betriebe stillstehen müssen. Sollen Tageszeitungen als lebenswichtig gelten, so muß dies auf die Tageszeitungen aller politischen Richtungen zutreffen. Daß keine Tageszeitung bei einem Generalstreik den Streikenden in den Rücken fallen darf, ist selbstverständlich. Dafür sorgen auf alle Fälle die organisierten Buchdrucker. Am Generalstreiktage (15. März) hat sich die Organisationsleitung der Dresdner Buchdrucker nicht geweigert, aufklärende Flugblätter herzustellen, sofern die Streikleitung oder die Regierung dazu auffordert (was im übrigen auch geschehen ist)."

Die Gedankengänge dieser Erklärung haben mit politischer Auffassung nichts mehr zu tun. Die Arbeiterklasse stand vornehmlich im Kampfe; das Bürgertum und seine Presse war mehr oder weniger unentschieden oder gar kappfreundlich. Vor allem aber lag die Entscheidung, ob Sieg oder Niederlage im Kampfe gegen die Kappbande, bei der Arbeiterschaft. Sie vor allem bedurfte in diesen schweren Stunden der Führung und der Information durch die Presse. Nicht umsonst haben allerorts, wo sie die Macht hatten, die Kapp-Lüttwitz vor allem die Arbeiterpresse lahmgelegt. Sie wußten genau, was sie damit taten. Um so mehr Verpflichtung bestand für die Arbeiterschaft, ihre eigene Presse in Funktion zu erhalten. In solchen schweren Tagen müssen alle Mann im Betriebe der Arbeiterpresse auf dem Posten sein. Mit „Rücksicht" auf die bürgerliche Presse ist dem Proletariat in solchen Zeiten nicht geholfen, auch nicht mit der Idee, die Arbeiter und Angestellten der Arbeiterpresse könnten beim Generalstreik nicht „abseits stehen".

In Leipzig haben bekanntlich alle Zeitungen während der Kampftage erscheinen können, soweit das Erscheinen von der Arbeiterschaft, dem Zeitungspersonal usw. abhing. Die Leipziger Arbeiterschaft hatte beschlossen, keinem Blatte etwas in den Weg zu legen, so lange es sich gegen die Berliner Verschwörung wende.

Auch eine Gewerkschaft.

Vom Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, der anmaßend und fälschlich den Untertitel: Angestellten-Gewerkschaft für Handel und Industrie führt, erhalten wir nachstehende Zuschrift:

Der Aufsatz „Paritätische Stellenvermittlung für Angestellte" in der Ausgabe der Volkszeitung vom 18. März enthält unwahre Angaben über unseren Verband. Wir müssen Sie deshalb unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes bitten, folgende Berichtigung zu veröffentlichen:

Es ist unwahr, daß der Verband Deutscher Handlungsgehilfen seine Einwände nach der altbekannten vorrevolutionären Melodie und mit genau demselben Text zum Ausdruck gebracht hat, die schon damals die Heiterkeit eines jeden denkenden Angestellten hervorriefen.

Wahr ist, daß der Vertreter unseres Verbandes grundsätzlich für die öffentlich-rechtliche Regelung der Stellenvermittlung auf paritätischer Grundlage eingetreten ist und nur der Form widersprochen hat, in der diese durchgeführt werden sollte.

Es ist unwahr, daß sich unser Verband in treuer Gemeinschaft mit den Unternehmern befand.

Wahr ist, daß diese Gemeinschaft nicht bestand und auch heute nicht besteht.

Es ist unwahr, daß der Verband Deutscher Handlungsgehilfen an der zweiten Sitzung nicht mehr teilnahm.

Wahr ist, daß auch bei dieser Sitzung unser Verband vertreten war, wie er überhaupt zur Durchführung der Stellenvermittlung ständig Hand in Hand mit dem Städtischen Arbeitsamt arbeitet.

Leipzig, am 25. März 1920.

Verband Deutscher Handlungsgehilfen.
Abteilung Stellenvermittlung.
Müller.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns dazu:

Es ist wirklich naiv, wenn man glaubt, durch Berichtigungen in der Presse bestimmte Tatsachen zu verwischen und abzuleugnen. Aber wie immer, so versucht auch hier wieder der Verband Deutscher Handlungsgehilfen, sich hinter Berichtigungen mit viel Worten ohne irgendwelche Beweiskräfte zu verstecken. Wir haben ja bereits im November v. J. Gelegenheit gehabt, der Oeffentlichkeit beweiskräftig zu dokumentieren, wie schlecht es mit den Berichtigungen dieser Leutchen bestellt ist. Als wir seinerzeit behaupteten, daß sich der V. D. H. schmieren läßt, bediente er sich der lendenlahmen Ausrede, daß er für seine Organisation keine Gelder von Unternehmern erhalte, aber für seinen „Kriegerbank" Gelder von Unternehmern und Aktiengesellschaften angenommen habe. Wir haben seinerzeit schon darauf hingewiesen, daß es nicht darauf ankomme, für welchen Zweck man von Unternehmern unterstützt wird, sondern daß man überhaupt von dem Unternehmertum unterstützt wird.

Es ist also zwecklos, wenn der V. D. H. in der obigen Berichtigung aus seiner geistigen Rumpelkammer die schon so oft gestiffene Ausrede hervorholt, daß er mit dem Unternehmertum in keinerlei Beziehungen stehe. Auch in den Verhandlungen über den paritätischen Stellennachweis waren es gerade die Vertreter des Unternehmertums, die in ihren Ausführungen für die Stellenvermittlung der bürgerlichen Angestelltenorganisationen eine Lanze brachen.

Die Naivität erreicht jedoch ihren Höhepunkt, wenn gerade Herr Müller vom V. D. H. bestreitet, seine Einwände nach der altbekannten vorrevolutionären Melodie geltend gemacht zu haben. Herrn Müller blieb es vorbehalten, die innerlich haltlose Behauptung aufzustellen, daß ein örtlicher Arbeitsnachweis nicht in der Lage sei, alle Fragen erfassen zu können; außerdem aber sei es fraglich, ob es heute noch möglich sei, nachdem der Friede ratifiziert ist, in der Arbeitsnachweisfrage Verhandlungen zu führen! Ein Kommentar hierzu erübrigt sich wohl! Er machte des weiteren den faden und durchsichtigen Vorschlag, den Stellennachweis der Stellenvermittlung seiner Organisation anzuschließen.

Es erübrigt sich tatsächlich, diese alten Phrasen und Verbandsmärchen dieser gelben Unternehmerschutztruppe in wiederholter Weise zu widerlegen. Wir haben ja der Angestelltenschaft bereits in unserm Artikel vom 18. März in der entsprechenden Weise unsre Auffassung über diese Dinge zur Kenntnis gegeben.

Richtig ist allerdings, daß auch an der zweiten Sitzung ein Vertreter der genannten Organisation teilgenommen hat. Der Irrtum ist allerdings dadurch entstanden, weil der Vertreter, der an dieser Sitzung teilnahm, eine Rolle wie — „Die Stumme von Portici" gespielt hat!

Zentralverband der Angestellten (Bezirk Leipzig).

Die Differenzen bei der Firma Ernst Colditz, Leipzig-Connewitz, Windscheidstraße 41, dauern unvermindert an. Die Firma weigert sich immer noch, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen und macht jetzt die verzweifeltsten Anstrengungen, aus den Kreisen der bisherigen Belegschaft Lohndrücker zu finden. Die Arbeiterschaft des Betriebes lehnt es nach wie vor einmütig ab, unter den Tarifsätzen zu arbeiten und hat für die verschiedenen Zuschriften, mit denen die Leute von der Firma bedacht werden, nur ein Lächeln übrig. Wir bitten dringend, alle Arbeitsangebote der Firma abzulehnen. Die Firma hat einen Neubetrieb, in dem sie die im Hauptbetrieb gebrauchten Zinntuben herstellt. Für diese Abteilung sucht die Firma jetzt nur unorganisierte Arbeiter. Warum man unorganisierte Arbeiter einstellen will, ist klar, denn man hofft damit die Zahlung der tarifmäßigen Löhne zu umgehen. Auskünfte über die Lohnbedingungen sind zu richten an

Verband der Fabrikarbeiter, Leipzig, Körnerstr. 30.

Eine Konferenz von Vertretern des britischen Grubenarbeiterbundes lehnte einstimmig das Anerbieten der Regierung ab, eine Lohnerhöhung von 20 Prozent zu gewähren.

20. Quittung.

Für die Opfer der Revolution gingen beim Bezirksparteisekretariat ein: Bereits quittiert 45845.54, Albert Reinisch, Hilmsdorf bei Geringswalde 204.50, Zwei Brüder 3.—, Ortsverein Probstheida 30.—, M. Fahr, Kleinzschocher, durch K. Peter 25.—, Personal der Firma F. A. Geidel, ohne Setzer 188.50, Hohneujahrsarbeiter „Raf" Markranstädter Automobilfabrik 79.15, Personal des Kaufhauses Gebr. Held, Lindenau 155.—, Restbetrag der Arbeiterschaft der Firma Körting u. Mathiessen 7.50, Freie Turnerschaft Burghausen 18.—, Winterfest der Gastwirtsgehilfen 260.55, Gesammelt durch K. 1080.—, Ein Postbeamter 10.—, Einwohnerversammlung Borsdorf 103.—, Durch Kretzschmar, Ueberschuß aus einer Sammlung 584.72, Extratanz in der Papiermühle am 14. März 50.—, Billardklub „Ver", Sellerhausen 26.—, Drei Straßenbahner 10 Mk., Landarbeiterverband, Ortsgruppe Gr.-Dölzig durch Dietze 35.40, Versammlung der Maschinisten und Heizer, Zahlstelle Wurzen 18.10, V. D. M. M. 300.—, Ortsgruppe Ramsdorf, Tellersammlung Nehmitz 12.42, Lehrer Michaelis 20.—, Versammlung Ortsverein Thonberg-Neureudnitz 158.60, Tellersammlung Schützenhaus 334.—, Treu 70.—, Bad Lausick 500.—, Turnverein Eiche, Eythra, Vergnügen 17.50, Durch Paul Hoppe 20.—, Durch Ungenannt 10.— Mk.

Schröer.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200327/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG